

# Politik und Wirtschaft

**26.08.09**

Politische Strukturen und Prozesse:

1. Verfassungsnorm und Verfassungsrealität
2. ?
3. Medien
4. Bundesrepublik Deutschland und europäische Integration

## Aufgaben

1. Thema: Bundestagswahl 2009
  - (a) Vertretung eigener Interessen
  - (b) Umfeld (“Gruppenzwang”)
  - (c) Sachthemen (welche?)
    - Parteien
    - Personen
    - Bundesländer

## Aufgaben

1. Thema: Bundestagswahl 2009
  - (a) Vertretung eigener Interessen
  - (b) Umfeld (“Gruppenzwang”)
  - (c) Sachthemen (welche?)

	SPD	Linke	Grüne	FDP	CDU
Finanzen	Sp.-St.-Satz: 47% statt (jetzt) 42%	Sp.-St.-Satz: 53% statt (jetzt) 42% Körperschaftsst. +10% Vermögensteuer höhere Zinserträge-St.	Sp.-St.-Satz: 45% statt (jetzt) 42%	Privatisierungen, Deregulierung, wen. Subventionen einfaches Steuerrecht	
Außen	für Lissabonvertrag	gegen Lissabonvertrag	für Lissabonvertrag	Volksabstimmung für/gegen Lissabonvertrag	für Lissabonvertrag intakten Verhältnis zu USA privilegierte Partnerschaft für Türkei
Umwelt	alternative Energien, Rente mit 67	weg von Erdöl und Atom, Rente mit 65	nur kleinere Differenzen Rente mit 67	Energiemix Rente mit 67,	keine neuen AKW, aber länger Hartz IV
Soziales	Hartz IV	KEIN Hartz IV (größter Konflikt)	Hartz IV		
Familie	bessere und unent-	geltliche Kinderbetreuung,	mehr Kindergeld	Bürgergeld als Steuer für alle sozialen Leistungen des Staats	
Bildung	mehr Bildung, Auswahlverfahren an	bessere Bildung, Hochschulen abschaffen,	kostenlose Bildung bessere Infrastruktur	nicht mehr Gesamtschulen	dreigliedriges Schulsystem, Studiengebühren
Verteidigung	weiter mit NATO+Afgh.	raus aus NATO und Afgh.	weiter mit NATO+Afgh.		weiter mit NATO+Afgh., Bundeswehr im Inneren, “Terrorbekämpfung”

- Parteien und Personen:
  - CDU:
    - \* Parteichefin: Angela Merkel
    - \* Kanzlerkandidatin: Angela Merkel
  - SPD:
    - \* Parteichef: Franz Müntefering
    - \* Kanzlerkandidat: Frank-Walter Steinmeier
  - FDP:
    - \* Parteichef: Guido Westerwelle
    - \* Spitzenkandidat: Guido Westerwelle
  - Grüne:
    - \* Parteichef: Claudia Roth und Cem Özdemir
    - \* Spitzenkandidat: Renate Künast und Jürgen Trittin
  - Linke:
    - \* Parteichef: Lothar Bisky und Oskar Lafontaine
    - \* Spitzenkandidat: Gregor Gysi und Oskar Lafontaine
- Bundesländer:
  - Thüringen:
    - \* Ergebnisse:
      - CDU 31%
      - Linke 27%
      - SPD 18%
      - FDP: 8%
      - Grüne: 6%
      - NPD: 4%
      - Freie Wähler: 4%
    - \* mögliche Koalitionen:
      - Rot-Rot-Grün:  $27+18+6 = 51\%$
      - (a) Problem: Linke hat 9% mehr und will Ministerpräsidenten stellen, SPD will aber Bodo Ramelow nicht
      - große Koalition:  $31+27 = 58\%$
      - (a) Problem: unterschiedliche Themen
  - Saarland:
    - \* Ergebnisse:
      - CDU 35%
      - Linke 21%
      - SPD 25%
      - FDP: 9%
      - Grüne: 6%
      - Familie: 2%
      - NPD: 1,5%

- \* mögliche Koalitionen:
  - Rot-Rot-Grün:  $21+25+6 = 52\%$
  - große Koalition:  $35+25 = 60\%$ :
    - (a) zu große Differenzen
  - Jamaika (Grün-Schwarz-gelb):  $6+35+9 = 50\%$
- Sachsen:
  - \* Ergebnisse:
    - CDU 40%
    - Linke 20%
    - SPD 10%
    - FDP: 10%
    - Grüne: 6%
    - NPD: 5,6%
  - \* mögliche Koalitionen:
    - Schwarz-Gelb:  $40+10 = 50\%$ :
      - (a) Verhandlungen haben schon begonnen

## 16.09.09

Aspekt	Verfassungsnorm	Verfassungsrealität
Personen	Die Bundestagsabgeordneten wählen die Kanzlerin / den Kanzler	Kanzlerkandidat/in
	Das Volk wählt die Abgeordneten	Das Volk wählt möglicherweise nach dem Kanzlerkandidaten
	“freies Mandat”	meistens Abstimmung
Parteien	Stimmungen der Bevölkerungsgruppen aufgreifen	
	Auswahl des Personals	
Durchsetzung eigener Interessen	Mitgliedschaft in einer Partei	
	Interessenverbände könnten sich wenden an Parteien und/oder Abgeordnete	

## 30.09.09

Aspekt	Verfassungsnorm	Verfassungsrealität
Bundesländer	Mitbestimmung bei Bundesgesetzen durch den Bundesrat (Vertreter der Landesregierungen)	Abstimmung im Bundesrat oft nach Parteinteressen

### Aufgabe:

Mehrheiten im Bundesrat

## 04.11.09

Aspekt	Verfassungsnorm	Verfassungsrealität
Wahlrecht	Wahlrecht (ab 18)	geringe Wahlbeteiligung ist ein Problem für die Repräsentation des Volkes durch den Bundestag

## 05.11.09

Norbert Lammert, der gegenwärtige Bundestagspräsident, beschrieb in seiner Rede zur Konstituierung des 17. Bundestages die Situation und einige Misstände des Parlamentes während der vergangenen Legislaturperiode und verglich sie mit seinen Erwartungen und Vorschlägen für die Zukunft. Günther Rünther, der Hauptabteilungsleiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, erläutert in seinem wissenschaftlichen Aufsatz seine Sichtweise bzgl. der Pflicht und der Möglichkeit der Repräsentanten einer Demokratie, den Erwartungshaltungen der Bürger und Wähler zu entsprechen.

Sowohl Lammert als auch Rünther stellen die Differenzen zwischen Verfassungsnorm und Verfassungsrealität dar. Günther Rünther stellt Forderungen an Politiker und Bürger. Der Bürger müsse seine Erwartungshaltung immer im Kontext der Erwartungen der anderen Wähler sehen. Es sei notwendig und beabsichtigt, Kompromisse zu bilden, da dies den elementaren Spielregeln einer Demokratie entspreche. Die Politiker sollen versuchen, den bestmöglichen Kompromiss zu bilden und auch, wenn es nötig ist, Entscheidungen treffen, die im Gegensatz zu den gegebenen Wahlversprechen stehen.

Norbert Lammert beschreibt die in der Verfassungsnorm vorgesehenen Kompetenzen des Bundestages und zeigt die Unterschiede im Vergleich zur Realität auf. Beispielsweise fanden in der vergangenen Legislaturperiode nicht immer öffentliche Verhandlungen statt, wenn diese der Verfassungsnorm nach vorgesehen gewesen wären.

## 06.11.09

-

## 13.11.09

### Aufgaben des Bundestags

- Gesetzgebung (Legislative)
- Wahl und Kontrolle der Regierung (Exekutive)
- Haushaltsfunktion

## 25.11.09

-

**27.11.09**

Staatsziele:

- Demokratieprinzip
- Sozialstaatsprinzip
- Bundesstaatsprinzip
- Rechtsstaatsprinzip
- Widerstandsrecht
- Umweltschutz

**02.12.09**

-

**04.12.09**

Aufgabe: Rechtsstaat Grundprinzipien erläutern können

**09.12.09**

-

**11.12.09**

-

**16.12.09**

-

## 13.01.10

Sozialstaatsprinzipien im Grundgesetz:

- Menschenwürde, Sicherung des materiellen Existenzminimums
- Gleichberechtigung von Mann und Frau, keine Diskriminierungen
- Schutz von Ehe und Familie, Ausgleich von finanziellen Belastungen
- Koalitionsfreiheit / Gewerkschaften
- Sozialbindung des Eigentums

## 15.01.10

-

## 20.01.10

-

## 03.02.10

### 1. Zusammenfassung:

Zur Zeitpunkt des Erscheinens des Artikels gelten in Deutschland und Österreich für Bürger aus acht EU-Staaten Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt, Dänemark und Belgien haben die Grenzen bereits geöffnet. Die EU-Kommission wartet noch auf Rückmeldungen aus Deutschland und Österreich.

### 2. siehe. 1.)

### 3. Aufgaben und Rechte:

#### (a) EU-Kommission (Brüssel):

- i. Sie macht dem Parlament und dem Rat Vorschläge für neue Gesetze
- ii. Sie setzt die EU-Politik um und verwaltet den Haushalt
- iii. Sie sorgt (gemeinsam mit dem Gerichtshof) für die Einhaltung des europäischen Rechts
- iv. Sie vertritt die Europäische Union auf internationaler Ebene, zum Beispiel durch Aushandeln von Übereinkommen zwischen der EU und anderen Ländern.

#### (b) Europäischer Gerichtshof (Luxemburg):

- i. gewährleistet, dass das EU-Recht in allen Mitgliedstaaten gleich ausgelegt und angewendet wird
- ii. darf entscheiden bei Rechtsstreitigkeiten zwischen EU-Mitgliedstaaten, EU-Organen, Unternehmen und Privatpersonen
- iii. ein Richter je Mitgliedstaat (27), Generalanwälte (8)

iv. Transparenz, öffentliche Protokolle und Sitzung

(c) Ministerrat:

- i. ein Minister pro Land
- ii. verabschiedet Rechtsvorschriften
- iii. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament genehmigt er den Haushaltsplan der EU
- iv. koordiniert die Zusammenarbeit der nationalen Gerichte und Polizeikräfte in Strafsachen

(d) Europäischer Rat:

- i. -

4. Vergleich Bundesrepublik Deutschland:

(a) -

**17.02.10**

## **Wettbewerbsprinzip**

1. Steuerungsfunktion: Anbieten, was die Konsumenten wollen
2. Allokationsfunktion: Bestmögliche Ausnutzung der produktionsfaktoren
3. Innovationsfunktion: Fortschritte fördern
4. Anpassungsfunktion: Flexible Anpassung an Änderung
5. Verteilungsfunktion: Leistungsgerechte Verteilung des Einkommens

**26.02.10**

## **Unternehmenskonzentration**

- Größenvorteile
- Diversifizierungsvorteile
- Finanzierungsvorteile
- Rahmenbedingungen des staatlichen Handelns
- technischer Fortschritt
- Beschäftigung
- wirtschaftliche Macht
- politische Macht



## 03.03.10

### Aufgabe 1: Gründe für Großfusionen:

- $1+1=3$
- Forschung und Entwicklung verbessern / mehr Investitionen möglich
- Kostenreduktion
- Marktposition verbessert, weniger Konkurrenz

### Aufgabe 2: Entwicklung der Großfusionen

- In den 90er Jahren ist die Anzahl der Fusionen und ihre Größe entscheidend gestiegen -> effizienter
- EU-Kommission entscheidet entsprechend öfter, Zahl der Verbote gleichbleibend